

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Zählung am Sonntag.

### Vorläufiges Ergebnis des Volksentscheids voraussichtlich 1 Uhr nachts bekannt.

Das vorläufige Ergebnis des Volksentscheids wird, wie uns auf unsere Anfrage vom Reichswahlleiter mitgeteilt wird, sehr rasch festgestellt werden. Das Zählgeschäft wird dadurch beschleunigt werden, daß an Stelle zahlreicher Parteilisten nur drei Arten von Stimmzetteln zu zählen sind: Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und ungültige Stimmzettel.

Nach den Erfahrungen bei der Reichspräsidentenwahl wird angenommen, daß die ersten Gesamtergebnisse aus den Wahlkreisen bereits am Sonntagabend um 10 Uhr zu erwarten sind.

Das vorläufige amtliche Ergebnis wird, wie der Reichswahlleiter hofft, bereits Sonntag nacht 1 Uhr bekanntgegeben werden können.

Das endgültige amtliche Ergebnis, sowie die genaue amtliche Mitteilung, wie viele Stimmberechtigte in den Listen eingetragen waren, wird kaum vor Ende Juni, wahrscheinlich am 29. Juni, gegeben werden können.

Der „Vorwärts“ wird am 20. Juni abends die eintausenden Resultate in der gewohnten Weise bekanntgeben. Am Montag, den 21. Juni, morgens wird eine Sonderausgabe des „Vorwärts“ das Ergebnis des Volksentscheids mitteilen.

### Terroristenfrechheit.

#### Sie wollen sich herauslügen.

Die amtliche Warnung des preussischen Innenministeriums vor terroristischen Boykottandrohungen der Fürstentumagenten hat die Wut der Fürstentumpresse hervorgerufen. Die „Tägliche Rundschau“ stellt in aller Harmlosigkeit die

Behauptung auf, es sei kein Terror der Fürstentumagenten, der Großgrundbesitzer und ähnlicher Leute beabsichtigt, sondern nur ein Terror — der Sozialdemokraten. Zum Beweise zitiert sie folgenden Satz des „Vorwärts“:

„Jeder, der der Abstimmung fern bleibt, wird in den Augen der organisierten Arbeiter als ein Verräter an ihrer und der Sache der Republik erscheinen. Die Abstimmung ist geheim. Aber jeder, der fern bleibt, bekundet damit sein Einverständnis mit den Monarchisten. Er zeigt sich dadurch als ein Feind der Republik und der Arbeiterbewegung.“

Noch unerschämter ist die „Berliner Börsenzeitung“, die fröhlich behauptet, die Warnung des preussischen Innenministeriums richte sich gegen „sozialdemokratischen Terrorismus“.

Das ist nicht nur eine freche Verdrehung, sondern zugleich ein feiger Abkennungsversuch. Die Fürstentumagenten beabsichtigen, in den kleinen Städten und auf dem Lande die Abstimmung überwachen zu lassen, um jeden, der sein Staatsbürgerrecht ausübt, gefährlich zu boykottieren und im Arbeitsverhältnis zu schädigen. Zu diesem Zweck wollen sie Mitglieder rechtsradikaler Organisationen vor die Abstimmungslokale postieren. Daher auch die Parole der Monarchisten, nicht zur Abstimmung zu gehen.

Es ist selbstverständlich, daß die Ausführungen des „Vorwärts“ nur der Abwehr der monarchistischen Boykott- und Terrorandrohung dienen, und daß die Warnung der preussischen Regierung dem schandlosen und verfassungswidrigen Vorhaben der Fürstentumagenten gilt. Sie wollen Terror üben, sind aber zu feig, es zu gestehen.

## Der Berliner Etat angenommen.

### Ein Irrtum bei der ersten Zählung. — Verantwortungslöse Demagogie der Kommunisten.

Gestern abend hat der Vorsteher auf Grund der Auszählung durch die Schriftführer festgestellt, daß der Umlageverteilungsbeschluß mit 88 gegen 88 Stimmen abgelehnt sei. Bei einer nachträglichen Kontrolle der Stimmkarten hat sich herausgestellt, daß er in Wirklichkeit mit 89 gegen 88 Stimmen angenommen war. Da aber die Verammlung auf Grund der irrtümlichen Verkündung bereits eine dritte Lesung beschlossen hat, wird es doch noch zu einer dritten Lesung in der nächsten Woche kommen müssen. Gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse werden verschiedene Maßregeln getroffen werden müssen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung war gestern der Schauplatz eines ungewöhnlich heftigen Kampfes um die endgültige Ausgestaltung und Verabschiedung des diesjährigen Haushaltsplanes. In wochenlanger Arbeit hatte der Etat-ausschuß schließlich den Etat soweit unter Dach und Fach gebracht, daß seine Ausbalsamierung möglich wurde. Da durch die immer mehr zurückgehenden Ueberweisungen von Reich und Staat die Steuereinnahmen der Stadt sich von Monat zu Monat verschlechtert haben, war diese Beratung wohl die schwierigste seit Jahren. Trotz äußerster Sparsamkeit blieb keine andere Möglichkeit, als schließlich eine Erhöhung der Grundsteuer auf die 200 Proz. zu genehmigen. Damit bleibt Berlin zwar noch unter dem Durchschnitt der übrigen preussischen Großstädte, in Berlin muß aber eine solche Erhöhung schon deswegen schmerz empfinden werden, weil die durchschnittliche Miethöhe zweifellos den Satz anderer Städte übersteigt, und weil Berlin, namentlich bei der Hauszinssteuer, in einer unerhörten Weise ausgeplündert wird. Die Berliner Bevölkerung gibt nicht weniger als 130 Millionen Mark jährlich an Hauszinssteuer an das flache Land ab, trotzdem der Zug nach Berlin nicht aufhört und die Wohnungsnot infolgedessen ununterbrochen zunimmt.

An der Ausgestaltung des Etats hatten sich alle Parteien beteiligt, wenn man die Wirtschaftspartei ausnimmt, die es bei allen Ausschüßberatungen vorzieht, entweder durch Abwesenheit zu glänzen oder sich auszuschweigen. Gemeinsam mit den Kommunisten haben die sozialdemokratischen Vertreter eine ganze Reihe Verbesserungen im Etat durchgeführt, die der werttätigen Bevölkerung zugute kommen. Auf dem Gebiet der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege sind viele Millionen neu eingelegt worden. Für den Wohnungsbau konnten wenigstens 11 Millionen sofort zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunisten haben selber am Schluß der Beratungen erklärt, daß der Etat, so mangelhaft er sei, doch eventuell angenommen werden könnte.

Der Stein des Anstoßes war die Erhöhung der Grundsteuer. Eine andere Möglichkeit ist allerdings von keiner Seite aus gezeigt, nachdem eine eingehende Durchberatung aller übrigen Steuern zur höchstmöglichen Entspannung geführt hat. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer im jetzigen Augenblick einer schweren Wirtschaftskrise hat niemand vorgeschlagen und für möglich gehalten. Gegen die schematische Erhöhung der Grundsteuer hat sich auch die sozialdemokratische Fraktion gewandt und auf ihren Antrag hin ist in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung die bekannte Neuregelung mit einer Staffelung des Grundsteuerzuschlages zugunsten der Klein- und Mittelwohnungen mit den Stimmen der Linken einschließlich des Zentrums angenommen worden. Da aber Berlin nicht in der glücklichen Lage ist, wie Hamburg und Wien, seine Steuergesetzgebung selbständig gestalten zu können, so bedarf diese neue Grundsteuerordnung der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden. Es ist klar, daß ihre Annahme Rückwirkungen auf die übrigen Großstädte haben muß. Schon aus diesem Grunde ergibt sich auch ohne weiteres, daß die Genehmigung der Aufsichtsbehörden nicht innerhalb von vierzehn Tagen zu erreichen ist. Um diese neue soziale Staffelung der Grundsteuer wird man längere Zeit kämpfen müssen, ehe sie endgültig gesichert ist. Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums haben bereits erklärt, daß sie diese neue Ordnung mit allen Mitteln bekämpfen werden.

Infolgedessen mußte der Berliner Etat zunächst, so wie er war, mit einer zweihundertprozentigen Grundsteuererhöhung unter Dach und Fach gebracht werden. Jede andere Lösung, sowohl die Verkoppelung der Endabstimmung über den Steuerverteilungsbeschluß mit der neuen Steuerordnung, wie auch die Auslegung der Endabstimmung bis zur Genehmigung hätte bedeutet, daß Berlin monatelang, mindestens bis zum 1. Oktober, ohne einen endgültig genehmigten Plan dastanden hätte. Der Etat wäre ein Papieretat gewesen. Der Ausfall an Steuereinnahmen im ersten Halbjahr hätte im zweiten Halbjahr eine ungeheure Steigerung der Steuern zur Folge gehabt. Bis dahin — und das ist das Wichtigste — hätten alle wichtigen Ausgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und des Bauwesens vom Magistrat gestoppt werden müssen. Die Folgen eines solchen Verhaltens wären katastrophal gewesen. Gerade die Kommunisten würden am allerersten dann „die Massen mobilisieren“, um die Auswirkungen einer solchen Taktik zu bekämpfen. Die kommunistischen Wortführer wissen und wußten ganz genau, daß ihr Vorschlag eine vollkommene Unmöglichkeit war.

Der wahre Grund dieser kommunistischen Taktik ist die Feigheit der Führer, ihren eigenen Anhängern gegen-

## Sozialdemokratischer Wahlsieg.

### Verdoppelung der Bochumer Stadtverordnetenmandate.

Infolge der Umgebarung im Industriegebiet fanden am Sonntag in Groß-Bochum die Wahlen zum neuen Stadtparlament statt. Als einzige Gewinnerin bei dieser Wahl kommt die Sozialdemokratie in Betracht, die trotz der schwachen Wahlbeteiligung (57,8 Proz.) einen erfreulichen Stimmengewinn zu verzeichnen hat und ihre Mandate verdoppeln konnte. Nach der Neuwahl verteilten sich die Mandate: Sozialdemokraten 14 (7), Kommunisten 9 (13), Zentrum 18 (15), Schwarzweißrot 13 (13), Wirtschaftspartei 3 (2), Invaliden 1 (0), Demokraten 0 (2), Ueberparteilicher Bürgerblock 2 (0). Die Sozialdemokratische Partei hat dadurch auch in Bochum gezeigt, daß sie wie überall wieder auf dem Vormarsch ist, während die Kommunisten abnehmen. Die Gesamtzahl der Mandate der Linken hat sich erfreulicherweise vermehrt. Sozialdemokraten und Zentrum können in Bochum zusammen eine feste arbeitsfähige Majorität bilden.

## Amerika beglückwünscht Brasilien.

### Peinliches Aufsehen in Genf.

Genf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die amtliche Bestätigung aus Rio de Janeiro, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten den Präsidenten von Brasilien besucht hat, um ihn zu der Haltung Brasiliens gegenüber dem Völkerverbund zu beglückwünschen, erregt in Völkerverbundskreisen das peinlichste Aufsehen. Man nimmt zwar an, daß dieser Besuch als eine persönliche Taktlosigkeit des Botschafters anzusehen und keineswegs (?) auf Instruktionen aus Washington erfolgt sei. Doch liegt die Vermutung nahe, daß die unversöhnliche Haltung Brasiliens gegenüber dem Völkerverbund und die scharfen Angriffe der brasilianischen Austrittsnote auf Europa dem Einfluß nordamerikanischer Kreise zuzuschreiben sind.

## Briands Absichten.

### Kabinetthervorragender Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Man nimmt hier als sicher an, daß der Präsident der Republik Briand mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Es ist infolgedessen von Interesse, folgende Erklärungen Briands zu beachten, die dieser gestern spät abends Journalisten gegeben hat. Er sagte, daß es nach seiner Ansicht unmöglich sei, ein Ministerium der „nationalen Einigung“ zustande zu bringen. Als die beste Lösung der Regierungskrise betrachte er die Bildung eines Kabinetts, dem eine Anzahl von hervorragenden Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien angehören. Eine solche Regierung würde stabil sein und das Werk des Finanzaufbaues erleichtern.

Die zurückgetretenen Minister versichern, daß Briand den Versuch machen wird, eine Regierung zu bilden, der unter anderen hervorragenden Persönlichkeiten namentlich Herriot und Poincaré (!) angehören würden.

### Das Bankgold wird nicht gepfändet.

Paris, 16. Juni. (WLB.) Nach einer Mitteilung des „Quotidien“ soll Professor Rist im Finanzsachverständigenausschuß mit Nachdruck gefordert haben, daß angesichts der Devisenhausse die Bank von Frankreich die Pflicht habe, ihre Goldbestände

zur Stützung des Franken einzusetzen. Ricard, der Vizegouverneur der Bank von Frankreich, habe seine Absicht angekündigt, aus dem Ausschuß auszutreten.

### Domergues Reise nach London aufgeschoben.

Paris, 16. Juni. (WLB.) „Echo de Paris“ meldet, daß angesichts der Ministerkrise die geplante Reise des Präsidenten der Republik Domergue, der sich am 22. Juni in Begleitung des Ministerpräsidenten Briand nach London begeben wollte, aufgeschoben werde, denn das neue Kabinett werde nicht vor Sonnabend früh gebildet werden können.

## Zum Schutze der Fürsten.

### Zentrumsinstanzen schließen Mitglieder aus.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit: Nachdem die Leitung der Organisation der Windthorst-Bünde bereits die Windthorst-Bündler, die den Aufruf des Reichsausschusses der katholischen Jugend für den Volksentscheid unterzeichnet hatten, aus der Organisation der Windthorst-Bünde ausgestoßen hat, hat sich nunmehr auch der Provinzvorstand der Groß-Berliner Zentrumspartei mit der Angelegenheit infomiert befaßt, als zwei seiner prominenten Mitglieder, der Lehrer Erwin Riffka, der auch Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei war, und Dr. Hans Grundel, die ebenfalls den Aufruf unterzeichnet hatten, in Frage kommen. Die Parteinstanzen wollen in der nächsten Zeit darüber entscheiden und werden voraussichtlich auf Ausschluß erkennen. Vorläufig sind die Zentrumsvereinsvorsitzenden angewiesen worden, die Herren Grundel und Riffka nicht mehr als Referenten sprechen zu lassen.

## Er sammelt Unterschriften.



„Sie, Herr von Schiller, Ihr Kollege Molo hat abgelehnt, möchten Sie nicht an seiner Stelle unterschreiben, wo doch Ihr Herzog Karl Eugen Sie gratis zum Regimentsmedikus hat ausbilden lassen?“



über die Verantwortung für das als notwendig Erkannte auf sich zu nehmen. Die Kommunisten haben im Berliner Rathaus eine Zeitung den Anlauf zu einer vernünftigen Politik gewagt. Sie haben sogar für das Quartal Januar bis März 1926 einer Erhöhung der Grundsteuer von 100 auf 150 Proz. zugestimmt. Jetzt aber, wo sie zum erstenmal hätten zeigen können, daß sie bereit sind, gemeinsam mit den Sozialdemokraten die angenehmen und die unangenehmen Seiten der Verantwortung zu tragen, haben sie es vorgezogen, wieder gemeinsam die alte Frontlinie mit den Deutschnationalen und deren Anhängern zu beziehen. Sie haben damit in Wirklichkeit die Interessen der Berliner Arbeiterschaft schamlos verraten. Mit Feigheit und Verantwortungslosigkeit läßt sich eben nicht arbeiten.

Durch die Flucht der Kommunisten sind die bürgerlichen Parteien zu einem billigen Triumph gekommen. Die sozialdemokratische Fraktion wurde dadurch gezwungen, kommen zu zeigen. Die Verhandlungen bis zur dritten Lesung müssen zeigen, wie es möglich sein wird, nach dem Scheitern der gestrigen Abstimmung den Etat doch noch zu verabschieden. Die Kommunisten haben gestern in neuen Anträgen, die zu einem Teil nicht mal während der Haushaltsberatung vorgelegen haben, neue Ausgaben von über 20 Millionen Mark verlangt. Dieser „revolutionäre Methode“ ist denkbar einfach und bequem, sie ist aber ebenso verlogen und feige demagogisch. Sie soll nur dem Kampf gegen die Sozialdemokratie dienen. Die Kommunisten irren sich nur, wenn sie annehmen, daß sie mit solchen Methoden auf irgend jemand Eindruck machen. Die sozialdemokratische Wählerschaft weiß sehr genau, daß Erfolge und Fortschritte nicht ohne Opfer erreicht werden können und sie wird die Erfahrung, die man mit der Treulosigkeit der Kommunisten im Berliner Rathaus wieder einmal hat machen müssen, richtig einzuschätzen wissen.

## Ja-Stimmen ist Staatsbürgerpflicht.

### Ein Aufruf des staatsbürgerlichen Ausschusses.

Der staatsbürgerliche Ausschuss zur Förderung des Volkswirtschaftlichen veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Geht alle zur Urne! Auch wer es etwa aus unbegründeter Bescheidenheit vorzieht, mit „nein“ zu stimmen, beteiligt sich am Volkswirtschaftlichen, um die Achtung vor der verfassungsmäßigen Volksgesetzgebung zu bekunden und die Freiheit der Stimmabgabe gegen verfassungswidrige Einschüchterungsversuche zu decken.“

Stimmt mit „Ja“! Fürstenerziehung wäre Volksverdrückung, Enteignung der Fürsten ist Volkessieg.

Laßt euch nicht irre machen, wenn die Fürstenfreunde vom Schutze des Privateigentums, von Gerechtigkeit oder gar von Sittlichkeit reden! Jene, die jetzt die deutschen Wähler für Fürstenbereicherung einsparen möchten, sind dieselben, die euch eine hundertprozentige Aufwertung versprochen und dann im Reichstage über Eigentum, Recht und Sittlichkeit fast hinweggingen. Wir aber stehen aus Überzeugung auf dem Boden des Rechtsstaates und treten für den Schutz des Privateigentums ein. Niemals werden wir echtes Privateigentum, wie etwa das der Kirche, der Bauern, der Hausbesitzer, der Kaufleute oder der Handwerker antasten. Aber jenes unentwärtbare Gemisch staatlichen und privaten Eigentums, das die früher Regierenden nur als Herrscher ansammeln konnten und nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken brauchten, verdient nicht den Schutz des Volkes, gegen das es verwendet werden soll, sondern ist dem Staate zurückzugeben, von dem es stammt.

Durch Schuld der deutschnationalen Fürstengefollgschaft ist das Reichstagskompromiß gescheitert, und auch der neueste Regierungsentwurf hat keine Aussicht auf Annahme. Die Fürstenfreunde wollen überhaupt kein Gesetz, sondern stellen sich im Vertrauen auf eine formal-juristische Rechtsprechung hinter die Forderung: „Nichts dem Staate! Alles den Fürsten!“ Wir

aber stehen bei diesem Widerstreit zwischen Staatsinteresse und Fürsteninteresse mit unserem Herzen und unserer Stimme auf Seiten des Staates, wir stimmen am 20. Juni mit „Ja“ und antworten auf die „deutschnationale“ Herausforderung mit der wahrhaft deutschen und wahrhaft nationalen Lösung: „Volkswohl über Fürstenoortrecht! Das Staatsgut dem Staate!“

Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Dr. Andrae, Amtsgerichtsrat, Ortenberg (Hessen). — Berthold v. Deimling, General der Infanterie a. D., Baden-Baden. — J. Grehler, Mitglied des Landtages, Barmen. — Dr. Großmann, Senatspräsident beim Kammergericht, Berlin. — Reinde, Mitglied des Landtages, Merseburg. — Otto Rucke, Chefredakteur, Mitglied des Landtages, Berlin. — H. Könneburg, Staatsminister a. D., Mitglied des Reichstages, Braunschweig. — Martin Wend, Chefredakteur, Worms.

## Der Kartätschenprinz.

### Sein „Wert“ und der Dank des Volkes.

Reben anderen lebenden und vergangenen Hohenzollern wird auf den Plakaten, die dem Kampf für den Raub am Volke dienen sollen, auch „Wilhelm der Große“, wie sein Enkel ihn prophetisch genannt hat, mit herangezogen. Das hohe Alter Wilhelms I. schien den Monarchisten schon bei dessen Lebzeiten vorzüglich geeignet, auf das Gemüt des Deutschen zu wirken. Das Volk vergißt ja so schnell und verzeiht also großmütig seinen Feinern und Unterdrückern! Das trifft ganz besonders auf Wilhelm I. zu.

Gerade dieser als „Leufelig“ und „edel“ Gepriesene hat in jüngeren Jahren zahlreiche Beweise gegeben, daß für ihn das Volk nur „Kanaille“ war, gerade gut genug zum Kanonensfutter und Steuerzahlen.

Am 18. März 1848, als die ersten gefangenen Revolutionäre in den Berliner Schloßhof gebracht wurden, trat wie Barmhagen von Enje in seinen Tagebüchern schreibt, der Prinz Wilhelm heran und redete die Soldaten heftig an:

„Grenadiere, warum habt Ihr die Hunde nicht auf der Stelle niedergemacht?“

Den General Pfuell, der als Kommandeur die Truppe zunächst nicht hatte schießen lassen, herrschte er an:

„Herr General, alles, was ich mit so vieler Mühe geschaffen, diese gute Stimmung zum Angriff, haben Sie verdorben, mein ganzes Werk vernichtet, die Truppen demoralisiert. Sie haben die ganze Verantwortung davon, es ist indigne (unwürdig)!“

In der Nacht vom 18. zum 19. März, als der König von einem angelegenen Manne (sicherlich) gebeten wurde, doch den furchtbaren Kampf einstellen zu lassen, war es wieder der Prinz Wilhelm, der dazwischen trat:

„Nein, das soll nicht geschehen, nimmermehr. Eher soll Berlin mit allen seinen Einwohnern zugrunde gehen. Wir müssen die Führer mit Kartätschen zusammenschleien.“ (Barmhagen von Enje, Seite 310/311.)

Daher der Name „Kartätschenprinz“, daher die ungeheure Erbitterung des Volkes gegen ihn, die ihn schließlich zwang, unter dem Namen Lehmann nach England zu entfliehen.

Später, im Kampfe gegen den badischen Aufstand 1849, bei dem Wilhelm den Oberbefehl über die preussischen Truppen hatte, konnte sich sein Haß gegen die Freiheitskämpfer genügend austoben. In den Stellungskämpfen von Kastell wurden 19 Rebellen standrechtlich erschossen, Hunderte wuchsen in den Rasematten schmachten. Sein Generallieutenant Roon war ganz seinesgleichen. Er bebauerte, daß „der Schuß Winkel nicht sogleich erschossen“ worden war.

Aber schon weit früher hatte der Prinz seine kriegerischen „Ideen“ brutal offen zum Ausdruck gebracht. Treitschke sagt (Deutsche Geschichte IV S. 198):

„Schon sechs Jahre nach einem Kriege, in einer Zeit, da das Volk sich kaum von seinen Wunden erholt hatte, klagte er bitter über die erschöpfende Wirkung des Friedens.“

Auch Barmhagen von Enje bestätigt ausdrücklich, daß dieser Hohenzoller nicht bloß in den Sturmzeiten, sondern auch sonst in ruhigen Tagen „dem Willkürdünkel, dem Durst nach der Genug-

tuung, das Volk durch die Soldaten niederwerfen, zusammenhauen zu lassen, der Berachtung des Bürgerturns, dem Wunsch, die Übergewalt durch Blutvergießen bestätigt zu sehen“, wiederholt Ausdruck gegeben habe.

Auf den Laubell-Plakaten steht unter dem Bild des Kartätschengreifens zu lesen: „Ist das der Dank für unser Werk?“

Rein, nicht der Dank, aber die Abrechnung mit den volksfeindlichen Traditionen des Hohenzollernhauses wird am 20. Juni erfolgen.

## Zweierlei Maß.

### Graf Poldowski über Aufwertung und Fürstenabfindung

Kaum eine Maßnahme der Regierung Luther ist psychologisch so unverständlich und kurzichtig wie der Versuch, den Anhängern einer höheren oder vollen Aufwertung die Möglichkeit der Anrufung eines Volkswirtschaftlichen durch Gesetz zu nehmen. Es springt in die Augen, daß jeder gerecht Denkende einen Vergleich zu der hartnäckigen Vergewaltigung des Rechtes gegenüber den betroffenen Sparern und zu der Heiligprechung des Rechtes gegenüber den bemitleidenswerten Fürsten ziehen muß. Graf Poldowski, der frühere Staatssekretär, wendet sich in einem Artikel, in dem er für höhere Aufwertung eintritt, gegen die Heuchelei, mit der die Aufwertung für die Sparern und Fürstenabfindung von den bürgerlichen Parteien behandelt wird.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Aufwertungsgegner. Jetzt, wo es sich um die Enteignung der deutschen Fürsten handelt, entnimmt man sich plötzlich auf das bürgerliche Recht, obgleich die Rechtsgrundlage in beiden Fällen die völlig gleiche ist; die deutschen Fürsten und die deutschen Gläubiger sind beide deutsche Staatsbürger und stützen sich bei ihren Forderungen nicht nur auf den „Geist“, sondern auf dieselben klaren Vorschriften des deutschen Privatrechts. Wenn jetzt die Schuldnergruppen zugunsten der Fürsten auf das Recht hinweisen, so geht diese veränderte Haltung offensichtlich aus der Befürchtung hervor, daß derartige Eingriffe in das bürgerliche Recht wie die Aufwertungsgehung und die ganze oder teilweise Fürstenenteignung im Laufe der Entwicklung auch ihrem Privateigentum gefährlich werden könnten!

Der alte Poldowski spricht damit nur aus, was jeder Mann im Volke empfindet. Der rückständige Eigennutz, mit dem Reichsland und Reichsverband der Industrie im Zusammengehen mit dem Finanzkapital bei der Aufwertung ihren Interessenstandpunkt durchgedrückt haben, ist eines der stärksten Agitationsmittel für den Volkswirtschaftlichen. Das tägliche Schauspiel, das die bürgerlichen Parteien des Reichstages bei der Beratung ihres Kompromißentwurfes geboten haben, hat diesen Eindruck im Volke nur noch vertieft. Den Fürsten alles, den Sparern nichts! Das ist die Parole der Kapitalisten. Das ist kapitalistisches „Recht“.

Eine gute Waffe gegen die Fürstenhabgier ist die soeben erschienene Nummer 25 der „Illustrierten Reichsbannerzeitung“. Unter der Devise „Vertreibt den Spul der monarchistischen Reaktion!“ bringt diese republikanische Wochenchrift eine Reihe vorzüglicher Aufsätze zum Volkswirtschaftlichen, wovon besonders ein Artikel des Delegationsrats Freiherrn v. Richtigens über den Hindenburg-Brief hervorgehoben sei.

„Um die Jahre der Deutschen Republik“ beiteilt sich eine kleine aber inhaltreiche Schrift des Gen. Dr. Eduard David, die in gänzlich neu bearbeiteter Ausgabe im Verlag der Volksbuchhandlung Hannover erschienen ist. Das Werk gibt auf 82 Seiten eine spannende geschichtliche Darstellung des Werdeganges der republikanischen deutschen Reichsfarben. Als herbeizugende Propagandaschrift ist es zur Massenverbreitung sehr geeignet.

An der Technischen Hochschule Hannover ist heute der normale Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen worden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet in den Tagen vom 8. bis 10. September in Köln statt.

Der Mönchsstaat auf der Halbinsel Athos ist von dem griechischen Diktator Pangalos aufgelöst worden. Die Gesellschaft zählt 8000 Mönche und besteht seit über 1000 Jahren.

## Sichte über den Fall Lessing.

Auch der Fall Lessing ist schon einmal dagewesen. Der große Philosoph Johann Gottlieb Fichte, der von 1794—99 eine Professur an der Universität Jena bekleidete und schließlich wegen atheistischer Lehren aus dem Amte gejagt wurde, mußte genau wie Lessing die Pöbelhaftigkeiten einer aufgeregten und fanatisierten Studentenschaft über sich ergehen lassen. Die Verfolgung Fichtes durch die Studenten ging so weit, daß Studentenhausen in Fichtes Wohnung die Scheiben zertrümmerten und seinen schwerkranken Schwiegervater sogar durch Steinwürfe verletzten. Fichte hat damals in gerechtem Zorn einige Zellen geschrieben, die uns angeht des Falles Lessing fast tagesaktuell erscheinen:

„Es ist auffallend, wie die Besten und Verständigsten auf einmal den Verstand völlig verlieren, wenn die Rede auf die Gegenstände ihrer Vorurteile, auf Bürgerrechte, akademische Freiheit usw. kommt. Die Besten wollen freilich ihr Recht, Häuser zu stürmen, zu plündern und zu rauben, nicht gebrauchen, aber das muß von ihrem guten Willen abhängen; sie mit Gewalt daran zu verhindern, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Gott mag es denen, die durch eine lange Praxis sie diese Grundsätze gelehrt haben, vergeben; ich kann es ihnen nicht vergeben.“

Ich bin dem Gedanken nahe, den ich sonst mit ganzer Macht bestritten, ... daß mit dieser Menschenklasse (den Studenten) schlechterdings nichts anzufangen ist, daß man ihre Erziehung Gott und ihrem künftigen Schicksal überlassen muß und zufrieden sein, wenn es so einzurichten ist, daß andere Leute es neben ihnen nur eben aushalten können.“

Fichte schildert weiter eine Anzahl der begangenen Gewalttätigkeiten — bei einem seiner Kollegen, einem Dr. Schmidt, hatten die Studentenhorden nicht nur wie Bomben gebaut, sondern sogar Silberzeug und Geld geraubt — und fährt dann fort:

„Für diese Handlung haben gegen 500 Studenten eine feste Forderung der Amnestie an den Herzog unterschrieben. Man hört, nicht unter Studenten allein, unter Professoren und noch höheren, die lautesten Klagen, daß um eines jugendlichen Nutwillens willen so viele junge Menschen auf ihr ganzes Leben unglücklich werden sollen. Der Erfolg wird sein, es werden 40, 50 mit und ohne Inamie relegiert, auf die Festung gesetzt, mit dem consilium (mildere Form der Relegation) bestraft werden, die grundverdorbenen Verfassung und die noch verdorbenere Denkart und Sitten werden bleiben und wir werden in einem halben Jahr oder in einem Jahr alle Greuel wiederholt sehen. Ich ungeachtet man mich in diesen Gegenden auf die häßlichste Weise anseht, verfolgt und answärzt, besitze doch das Vertrauen der wenigen Rechtschaffenen. ... Fragen möchte ich den Verlust (durch die Plünderungen usw.), wenn ich irgendwo ein Stückchen Brot bekommen könnte, das man mit Ehre essen könnte, denn es ist wahrlich keine Ehre, solchen Leuten Weisheit zu lehren.“

Die Namen der randalierenden Studenten von damals sind — wenn je getannt — längst vergessen. Der Name Fichtes strahlt in ungeschwächter Helle durch die Geisteswissenschaften. Uebrigens waren es in Jena die Orden — die Vorläufer der studentischen Corps —, die die Hege gegen Fichte injugierten. Die Studentenschaft hat aus ihrer damaligen geschichtlichen Blamoge nichts gelernt. Man kann im Falle Lessing nur Fichtes Worte wiederholen: „Es ist wahrlich keine Ehre, solchen Leuten Weisheit zu lehren!“ E. R.-r.

## Das Orchester-Sterben.

Das Berliner Sinfonieorchester wechselt schon wieder seinen Dirigenten. Unser Herz ist ganz auf Seiten dieser arbeitswilligen Musiker, deren Not wir kennen. Gerade unseren Lesern ist bekannt, wie oft und wie gern die Blüthner-Leute in Arbeiterkonzerten sich betätigen. Das hat auch der Magistrat Berlin anerkannt und die Subvention erneuert, besonders als durch Oskar Frieds außerordentliche Pionierarbeit das Niveau der Konzerte erstaunlich schnell gehoben wurde. Jedes Zeichen für berufsmäßiges Müßiggang, wenn das Plus an künstlerischer, wertvoller Arbeit belohnt wird mit einem argen Minus an Einnahmen. Kein Zweifel, daß jede gute Jazzkapelle Gewinne abwirft. Aber die erste Kunst stirbt und ihre Vertreter folgen ihr langsam treu ins Grab. Daß der Sprung in den Abgrund nicht gern getan wird, ist menschlich verständlich. So greift man nach einem Strohalm, besonders wenn er aus goldenem Erdboden fruchtbar hochschleht. Subventionen von Staat und Kommune haben etwas Ehrenvolles an sich, Zuwendungen von privater Seite entwürdigend die Kunst. Die Flucht in die Desfentlichkeit solcher Reihenden ist ein Harakiri. Welche Qualen, welche Gewissensbisse für Männer der kulturellen Verantwortung! Schon tönt der Todeschrei auch aus den Reihen der Philharmoniker. In letzter Stunde wird und muß hier Rat geschaffen werden. Es geht um das beste Orchester der ganzen Welt! Die Wünsche, die Otto Müller, der Jubilar des Orchesters, nachdrücklich vorträgt, die Furtwängler teilt, müssen und werden nun schnell, gründlich, gerecht geprüft werden. Hoffentlich wird ihnen beste Erfüllung! Emil Bohnte tritt die Nachfolge Frieds an. Er wird es nicht leicht haben, die Entwicklung nach oben hin weiterzuführen. Er ist ein sehr tüchtiger Dirigent, auch als Schaffender hat er Proben starker schöpferischer Begabung abgelegt. Ruhe und Sammlung, Ruhe und Konzentration waren seinem etwas Irabden, wenn auch vielseitigen Komponistentalent zu wünschen. Nun stürzt er in die Arena des Tages. Wird dieses Rennen ihn, was befrichtigen? Hoffentlich ist sein Eifer, sein erzieherisches Walten so stark, daß man seine Herkunft aus der Gelehrtenkratie schnell vergißt. In der Organisation der Konzerte, in der Wahl des Spielraums, in der Gattungsplanung wird er sich als ein Meister ausweisen müssen. Sonst stirbt dieses Orchester, auch wenn zur Kampferprihe Platinmadeln gekauft wurden. R. S.

Der „mißverständene“ Innenminister. Aus Cassel meldet uns ein eigener Drahtbericht: Wie das „Casseler Volksblatt“ erzählt, hat der preussische Minister des Innern das Verbot des „Fröhlichen Weinberg“, das der Casseler Polizeipräsident v. Korff zu Beginn der vergangenen

Woche unter dem Druck der reaktionären Kreise erlassen hatte, mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Das Empfinden an der Maßnahme des Casseler Polizeipräsidenten war, daß sie sich unter Berufung auf einen Erlaß des preussischen Innenministers zur Befämpfung von Auswüchsen im Theaterwesen ganz sinnwidrig gegen ein Staatstheater gerichtet hatte.

Museumsfilialen. Eine eigenartige Neuerung im Kunstwesen wird jetzt in New York eingeführt. Wie im „Kunstwanderer“ berichtet wird, errichtet das dortige Metropolitan-Museum Museumsfilialen, um den vielbeschäftigten Amerikanern Gelegenheit zu geben, bequem und ohne längere Fahrten Kunstschätze genießen zu können. Diese Museen kleineren Stils, die über die ganze Stadt verteilt werden sollen, sind holländisch angelegt. Die Einrichtung der Filialen wird durch eine Stiftung des jüngeren Rockefeller ermöglicht, und in der ersten bereits eröffneten Museumsfiliale sind mittelalterliche Skulpturen ausgestellt, die von der Familie Rockefeller der Stadt New York geschenkt wurden.

Frauenarbeit in japanischen Bergwerken. Der japanische Delegierte M. Karasaki bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gab interessante Zahlen über den Umfang der Frauenarbeit in den japanischen Bergwerken. Danach werden noch bis jetzt annähernd 83 000 Frauen in den Erz- und Kohlenbergwerken Japans beschäftigt. Davon arbeiten 48 000 in Tiefen von 300 bis 800 Meter unter der Erde. Auch die Kinderarbeit ist trotz eines entgegenstehenden Gesetzes noch praktisch nicht abgeschafft; ungefähr 700 Mädchen unter 13 Jahren wurden bei einer Ausstellung der Arbeiterinnen unter Tage gezählt.

„Anorke“, die vor kurzem im „Vorwärts“ veröffentlichte Humorelle von Adolph Hoffmann, erscheint jetzt mit den Illustrationen von Willi Steinert als Broschüre im Verlag Adolph Hoffmann, Berlin D. 17, Kopenstr. 611. Sie soll der Aufklärung über die Wirksamkeit der neuen, modernen Schule dienen, der die große Masse der Eltern leider noch immer erschreckend indifferent gegenübersteht. Im Buchhandel kostet sie 50 Pf., an Organisationen wird sie zu Propagandazwecken ganz billig abgegeben.

Vollstühne. Am Theater am Säulengang findet am Donnerstag, dem 17., abends 8 Uhr, die Uraufführung von Friedrich Schopenhauers Komödie „Der baltische Michel“ in der Fassung von Ernst Krause, Werner Hollmann, Wolf Pann, Theres Thelen, Guora Ahm, Leo Reub, Paul Kaufmann, Ferdinand Alper, Albert Benold, Georg Kaufmann, Karl Hannemann, Gustav Noos, Sigmund Rumberg, Ilse Baerwald, Fritz Staube, Grete Bad, Armin Schmeiger, Jock Wilmas. — Regie: Edwin Kaller, Bühnenbilder und Kostüme: Oswald Lucht.

Ein neues Diamantfeld. Im westlichen Transvaal beruht große Aufregung über die Entdeckung eines neuen Diamantfeldes auf einer Farm zu Ghanaputte. Das Gebiet wird demnächst für die Ausbeutung eröffnet, und schon jetzt haben sich hier mehr als 5000 Diamantjäger versammelt, die in einer ruhigen ausgetrockneten Stadt wohnen. Der Behälter der Farm land vor einiger Zeit einen Diamanten und ließ einen Geologen kommen, der den außerordentlichen Reichtum der Erde an Diamanten feststellte. In den letzten zwei Monaten sind bereits Diamanten im Werte von 120 000 Mark gefunden worden.



## Ein Richter gegen Hindenburg.

Senatspräsident Großmann über das „Recht“ der Fürsten.

In einer vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ veranstalteten Kundgebung in Frankfurt a. M. beschäftigte sich der demokratische Senatspräsident am Kammergericht, Grohmann, sehr eingehend mit der im Hindenburg-Brief an Voebell niedergelegten völlig abwegigen Rechtsauffassung. Er führte nach der „Frankfurter Zeitung“ u. a. aus:

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat als Privatmann einen Brief an Herrn v. Voebell geschrieben. Er nennt in diesem Brief den Antrag des Volksschieds ein großes Unrecht. Wir sind verpflichtet uns gegen diesen irrtümlichen Vorwurf zu verwahren. Herr v. Hindenburg sagt selbst, daß er den Brief schreibe, weil er ein Leben im Dienste der Könige von Preußen verbracht habe — er gibt also selbst zu, daß er in dieser Sache befangen sei. Wir wundern uns übrigens, daß die rechtsstehenden Parteien in dieser Frage nur Hindenburg vorschicken und von Friedrich dem Großen und Bismarck, die sie sonst immer mit mehr oder weniger Recht im Munde führen, ganz schweigen. Sie haben allen Grund dazu. Denn weder der Alte Friedrich noch Bismarck geben den rechtsstehenden Parteien in dieser Frage recht. Friedrich der Große hat in das von seinem Nachfolger in Kraft gesetzte allgemeine Landrecht die Bestimmung aufgenommen, daß die Güter, die dem Unterhalt des Staatsoberhauptes und der landesherrlichen Familie dienen, dem Staat gehören. Erst unter seinen Nachfolgern sind

unter Bruch der Bestimmungen des Landrechts, durch Ausübung der absoluten Macht der Krone, Hunderttausende von Morgen zum Haus Hohenzollern gezogen

worden. Das Staatsgut Flatow-Krojanke, hunderttausend Morgen Land, vermachte Friedrich Wilhelm III. seinen jüngeren Söhnen und Friedrich Wilhelm IV. erläßt eine Kabinettsorder mit Befehlskraft, die das bestätigt. Das Staatsgut Buxtehude, 160 000 Morgen, wird von demselben König gegen den Einspruch des ganzen Staatsministeriums durch Kabinettsorder der Krone zugesprochen. Um das Staatsgut Schwedt, 75 000 Morgen, zu erhalten, beauftragt der König seinen Finanzminister bei dem von ihm ernannten Sonderbergerichter des Geheimen Justizrats Klage gegen die Krone zu stellen, die von diesem Gericht zugunsten der Hohenzollern entschieden wurde.

Durch diesen Raub von Staatsgut ist der größte Teil des von den Hohenzollern beanspruchten Eigentums entstanden.

Die deutschen Gerichte aber wollen das durch diese rechtspredigenden Kabinettsorders entstandene Recht anerkennen. Sie haben die Bestimmung der Reichsverfassung übersehen, wonach frühere Befehle nur insoweit weiterhin in Kraft bleiben, als sie der Verfassung nicht widersprechen. Jene Kabinettsorders aber widersprechen zweifellos der Verfassung. Es handelt sich also um einen unbewußten Verstoß der deutschen Richter gegen das Recht. Wie soll das deutsche Volk sich gegenüber diesem Recht-Unrecht behaupten und die Hunderttausende von Morgen Land und die Goldmillarden sparen? Wir blickten lange auf den Reichstag. Wir wären damit einverstanden gewesen, daß die Länder die Entschädigung regelten, so daß die Möglichkeit bestanden hätte, anständige Fürsten höher zu entschädigen. Der spätere Entwurf, der ein Schiedsgericht mit Ueberlegenheit von Berufsrichtern vorsah, hätte den Hohenzollern nach einer Schätzung 120 Millionen und viele Schlösser gebracht. Diese Regelung scheiterte an dem Widerspruch der Deutschnationalen, denen das nicht genug war.

Die Deutschnationalen sprechen von dem Dank, den das deutsche Volk seinen Fürstenhäusern schuldig sei. Wann haben die deutschen Fürsten dem Volke genützt? Wie vieles davon ist Legende! Der Große Kurfürst hatte Ludwig XIV. durch das mit ihm geschlossene Bündnis den Raub Straßburgs ermöglicht. Drei Tage nach der Wegnahme Straßburgs hatte er dem französischen Gesandten einen mit Brillanten geschmückten Ehrensäbel geschenkt. Um die übrigen Verdienste der Fürsten zu würdigen, brauchen Sie nur an die napoleonische Zeit oder an den Zwiespalt zwischen Hohenzollern und Hasenpflug zu denken, der in seinen Nachwirkungen noch heute die Einheit des deutschen Volkes verhindert.

## Die deutschen Fürsten waren Deutschlands Fluch.

Der Reichstag hat versagt. So appellieren wir an die dritte verfassungsmäßige Macht: das Volk. Die deutsche Reichsverfassung, die fortgeschrittenste der Welt, kennt das Recht der Gesetzgebung durch das Volk. Nun muß die deutsche Nation zeigen, daß sie mündig ist. Würden durch eine Annahme des Volksschieds die ehemaligen Fürsten in Not geraten? Beim Hause Hohenzollern kann davon keine Rede sein. Es hat schon dreißig Millionen Goldmark erhalten. Man muß dabei bedenken, daß diese Zahlungen ins Ausland, nach Doorn fließen, also der deutschen Volkswirtschaft verloren gehen. Wenn andere Fürsten in Not geraten sollten, so sind die Länder nicht behindert, durch ein gesetzgeberisches Gesetz den Fürsten etwas zuzuführen. So kann man den Härten abhelfen. Worum handelt es sich? Der Appell geht nicht nur an die Freunde der Republik, sondern darüber hinaus an die Freunde der Staatsordnung, der Ruhe und des Friedens: denn die den Fürsten gegebenen Millionen würden zur Anstiftung von Unruhen und Bürgerkrieg mißbraucht werden.

Wir handeln, so schloß Großmann unter lebhafter Zustimmung, nur im Sinne Bismarcks, wenn wir Staatsgegnern Nachmittel entziehen, mit denen sie den Staat der Gegenwart bekämpfen wollen. Man gehe am 20. Juni an die Urne und sichere den Staat!

## Einseitige Jugendpflege.

Arbeit für den Wohlfahrtsminister.

Die Bevorzugung rechtsstehender Kreise bei den Veranstaltungen der Jugendwohlfahrt mußte von der sozialdemokratischen Presse schon oft und scharf gerügt werden. Trotzdem scheint es dem preussischen Wohlfahrtsministerium bei der Abstellung der Mißstände noch immer an der nötigen Energie zu fehlen. So ist es erst vor kurzem wieder möglich gewesen, daß ein Lehrgang für Jugendführerinnen und Jugendpflegerinnen, der vom Bezirksausschuß für Jugendpflege im Regierungsbezirk Potsdam einberufen wurde, völlig einseitig aufgefüllt worden war. Die Leitung des Lehrganges lag in den Händen der Frau von Rochow. Unter den ungefähr 80 Kursteilnehmerinnen, die auf Regierungskosten anwesend waren, waren nur drei, die der Arbeiterjugendbewegung angehörten. Wie anderen waren Angehörige bürgerlicher, konfessioneller Jugendverbände. Der Grundton der Veranstaltung war auf die nationale Idee, so wie sie von den rechtsstehenden Kreisen aufgesetzt wird, abgestimmt, so daß die Teilnehmerinnen der Arbeiterjugendbewegung sich verletzt fühlen mußten. Wirklich praktische Arbeit für die Jugendbewegung ist auf diesem Kurzus nicht geleistet worden.

# Die verhängnisvolle Rettungsübung.

Schulkinder als Demonstrationsobjekte auf dem Wannsee.

Zu dem verhängnisvollen Unglücksfall, der sich, wie gemeldet, gestern Abend in der Nähe des Freibades Wannsee bei einer Sanitätserübung des Roten Kreuzes abspielte, wird uns von gut unterrichteter Seite noch folgendes mitgeteilt:

Der Hauptteil der grobangelegten Übung bestand in der Rettung von Passagieren eines in etwa 200 Meter vom Ufer entfernt liegenden verantern Dampfers, auf dem nach dem Übungsgedanken eine Kesselexplosion stattgefunden hatte. Durch ein Zeichen vom Dampfer wurde die Explosion markiert und die Rettungsmannschaften und Sanitätserübungen teils schwimmend und in Booten zu dem gefährdeten Dampfer zu gelangen. Ein Teil der auf dem Dampfer befindlichen Passagiere, größtenteils Schulkinder aus Zehlendorf, mußte ins Wasser springen. Sieben von den Kindern, die im Rettungsschwimmen ausgebildet sind, erreichten schwimmend das Ufer, während die anderen von den Mannschaften gerettet werden sollten. Da erlösten plötzlich vom Dampfer laute, eindringliche Hilferufe und man konnte sehen, daß zwei von den Knaben verzweifelt mit den Wellen kämpften. Vom Ufer aus hielt man die Schreie für martiert und schrieb dies der guten Regie zu, bis man endlich bemerkte, daß es bitterer Ernst geworden war. Es war aber bereits zu spät. Der zwölfjährige Schüler Wilhelm Jähne aus der Behrenstraße 10 in Zehlendorf ging plötzlich unter und ein weiterer Knabe drohte gleichfalls zu versinken. Im letzten Augenblick konnte dieser vom Reichswasserlösch geteilt werden, aber erst nach einstündiger Bemühung wurde das bewußtlose Kind ins Leben zurückgerufen.

Angeblickt sollen die Kinder mit Erlaubnis ihrer Eltern an den Rettungsversuchen teilgenommen haben. Keines von den Kindern war aber mit einem Rettungsgürtel versehen. Man muß sich fragen, hat es überhaupt einen Sinn, derartige Übungsdemonstrationen zu veranstalten? Es kann der Leitung, die in den Händen des praktischen Arztes Dr. Priegel lag, der Vorwurf nicht eripart bleiben, daß die Vorbereitungen nicht bis ins Einzelgehende durchdacht waren. Dr. Priegel soll allerdings in Anbetracht des starken Regens angeordnet haben, die Kinder nicht ins Wasser springen zu lassen. Dieser Befehl soll den Dampfer nicht erreicht haben. Jedenfalls sprangen trotzdem 15 Kinder, als das Signal zum Beginn der Übung gegeben wurde, ins Wasser. Die Leiche des kleinen Wilhelm Jähne konnte trotz eifrigen Suchens des Reichswasserlösches bisher nicht geborgen werden.

## Wilhelms Holzackerkunst.

Auf immer neue Mittel verfallen die Fürstentumme, ihre Taschen zu füllen und denen, die nicht alle werden, den letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen. Reisende eines „geschäftstüchtigen“ Händlers mit Andenken an das „giorreiche“ Hohenzollern-geschlecht durchziehen jetzt Stadt und Land, bieten die Oceanstände an, und entziehen zugleich eine lebhaft propagandistische Abstimung am 20. Juni fernzubleiben. Ein Buch mit Bildern der Hohenzollernregenten kostet die Reinigkeit von 5 R.; ein Bild Wilhelms, der nicht Zeit hatte, „müde“ zu sein, kostet 1 R.; Wilhelm, der uns „herrlichen Zeiten entgegenführte, kann man schon für 50 Pf. haben, ebenfalls soviel kostet sein Sprößling „Immer feste drüß“. Da der Schloßherr von Doorn keine Orden mehr verkaufen kann, so liefert er jetzt glatte gestrichene runde Holz Bretter mit eigenhändigem geschnittenen Unterschrift. In Anbetracht dessen, daß er selbst die Bretter geschnitten hat, ist der Preis dafür ziemlich hoch, 15 Mark sollen solche Bretter kosten. Wie der Reisende berichtet, wird der Ueberdruck restlos zum Wiederaufstieg unseres Vaterlandes verwandt. Allerdings soll hier in Berlin das Geschäft sehr schlecht gehen, die Leute fallen auf den „Kummel“ nicht mehr rein. Na, wenn das nicht hilt!

## Der Gerüstesturz in Lichterfelde-Ost.

Zu dem in unserer gestrigen Abendausgabe ausführlich berichteten Gerüstesturz in der Bismarckstraße 4 in Lichterfelde-Ost, bei dem drei Arbeiter erheblich verletzt wurden, erfahren wir über die Ursachen des Unglücks noch folgendes: Das Dach des Hauses war in letzter Zeit sehr schadhast geworden, so daß es erneuert und gleichzeitig ausgetuscht werden sollte. Die Arbeiten wurden einer dortigen Baufirma übergeben. Es wurde ein zu den Arbeiten notwendiges Gerüst errichtet, wovon dann am Montagmittag ein Teil einstürzte und drei Arbeiter mit in die Tiefe riß. Die Ursache des Unglücks ist jetzt von der Steglitzer Kriminalpolizei durch Vernehmung der im Krankenhaus befindlichen Arbeiter aufgeklärt worden: Das Gerüst war mit Baumaterialien überlastet. Aber auch das Gerüst selbst war nicht einwandfrei und wies in seinem Gefüge rissige Bretter auf. Es ist zu erwarten, daß die Baufirma, soweit ein Verschulden in der Gerüstkonstruktion bewiesen ist, voll zur Verantwortung gezogen wird. Das Befinden des 53jährigen Maurers W. Wille und des 17jährigen Bauhebrüngen W. Siebert hat sich soweit gebessert, daß sie sich außer Lebensgefahr befinden.

## Kritiker weiter vernehmungsunfähig.

Kritikers Zustand ist immer der gleiche. Augenentzündung und während der Gerichtsverhandlung Flucht in die Hysterie. So verfiel er auch gestern während der kurzen Gerichtsverhandlung an seinem Bette in hysterische Krämpfe. Professor Strauch konstatierte, daß von einer Genesung in 14 Tagen überhaupt keine Rede sein dürfte, glaubte jedoch, daß die Sitzung nach wie vor im Krankenzimmer stattfinden könnte. Staatsanwalt Dr. Volzlin äußerte jedoch gesetzliche Bedenken gegen eine derartige Projektion und beantragte deshalb Abtrennung des Verfahrens gegen Kritiker. Der Vorliegende meinte demgegenüber, daß dies durchaus nicht im Interesse des Angeklagten sein würde, da gegen ihn noch zwei weitere Verfahren schweben und bei der Abtrennung dieses Verfahrens er in Zukunft hintereinander drei Prozesse zu gewärtigen hätte. Der Hausarzt Kassel erklärte aber, daß Kritikers Krankheit wenigstens noch sechs Wochen dauern würde. Der Staatsanwalt blieb bei seinem Antrag, die Verteidigung verpflichtete diesem bei. Das Gericht behielt sich die Entscheidung zu der Frage bis Sonnabend vor.

## Wohnungsämter untereinander.

Seit ungefähr zwölf Jahren bewohnt eine alleinstehende Frau in der Deimolders Straße, nahe dem Kaiserplatz, eine abgeschlossene Zweizimmerwohnung. Durch finanzielle Verluste während und nach der Inflation ist die Frau nicht mehr in der Lage, die Miete von 50 M. monatlich pünktlich zu bezahlen, ein paar Mal ist ihr bereits mit der Ermittlungsklage gedroht worden. Sie wollte deshalb diese teure Wohnung mit einer billigeren und kleineren in Wilmersdorf tauschen. Trotz langer und eingehender Bemühungen gelang ihr dieses Vorhaben nicht, da das Wohnungsamt Wilmersdorf erklärte, es hätte augenblicklich keine kleine Wohnung (ein Zimmer und Küche) zur Verfügung. Schließlich gelang es doch der Dame einen Lauspartnern zu finden, allerdings nicht in Wilmersdorf, sondern im Bezirk Friedrichshain, in der Großen Frankfurter Allee. Der Inhaber dieser Wohnung, der gleichzeitig der Hausbesitzer ist, wollte für seine geschiedene Frau, die noch immer infolge der Wohnungsnot bei ihm leben muß, die Wohnung tauschen. Er hatte nach der Ehescheidung von seiner Fünfstimmerwohnung ein einzelnes Zimmer, das über einen besonderen Eingang vom Treppenturm verfügt, für seine geschiedene Frau abzugeben

Unverantwortlich erscheint es, daß der Dampfer etwa 200 Meter vom Ufer entfernt in sehr tiefem Wasser vor Anker lag und daß die Rettungsvorbereitungen bei dem ungünstigen Wetter nicht abgelaßt wurden. Haarsträubend ist es aber vor allem, daß Schulkinder für solche gefährlichen Demonstrationszwecke herangezogen wurden.

## Einleitung der polizeilichen Untersuchung.

Das Unglück ist sofort zum Gegenstand einer eingehenden polizeilichen Untersuchung über die Schuldfrage gemacht worden. Die Untersuchung erstreckt sich vor allem darauf, aus welchem Grunde das Rettungspersonal zunächst die Bergungsarbeiten der auf dem Dampfer befindlichen Personen vornahm und sich nicht um die mit den Fluten kämpfenden Schüler kümmerte. Auch der Hauptvorstand des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz, der die so tragisch ausgegangene Sanitätsübung in Gemeinschaft mit seinen Sanitätsverbänden veranstaltet hat, beschäftigte sich, wie wir hören, am heutigen Vormittag in einer Sitzung mit dem Unglück, das in der Öffentlichkeit ungeheures Aufsehen hervorgerufen hat, um von sich aus so weit wie möglich die Schuldigen festzustellen und um zu prüfen, welche Vorkehrungsmaßregeln außer acht gelassen worden sind. Der Hauptvorstand des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz wird im Laufe des heutigen Tages noch in einem offiziellen Kommuniqué zu dem Unglück Stellung nehmen.

## War das der Grund?

Nach einer Meldung besaßen sich unter den Gästen, die der Übung des Roten Kreuzes gestern Abend am Wannsee beimohnten, auch die Prinzessin Heinrich von Preußen und von Winterfeld, der Ehrenpräsident des Roten Kreuzes sowie andere wohl renommierte schwarzweißrote Herrschaften. Ach ja, man wollte zeigen, daß man sich ein gnädiges Gedenken der höchsten Herrschaften wohl zu verdienen versteht. Natürlich hat man die Jungen in echt deutschem Sinne erzogen, sie dürfen weder Wetter noch Anstrengung scheuen. Man wollte wohl den hohen Herrschaften altpreussischen Schneid vorführen, eiserne Disziplin und andere Requisiten aus der Riste des Militarismus. Ein echter Hohenzoller hätte bestimmt dem verantwortlichen Leiter der Übung einen billigen Orden umgehängt als Beruhigung für den ausgestandenen Schreck.

lassen. Das Wohnungsamt Friedrichshain genehmigte den Tausch, aber das Wohnungsamt Wilmersdorf lehnte ihn ab mit Hinweis auf § 8 der Wohnungsordnung. Es begründete seine Weigerung damit, daß der Erlaßraum nicht genüge, er sei nur ein Teil einer anderen Wohnung, und daß die Frau kurz vor einer Eheschließung stünde, und ihr Verlobter eine eigene Wohnung besitze. Es handelte sich nur um den Abstand, den die Frau von ihrem Lauspartnern erhalten wolle, um die Wohnung in der Frankfurter Allee niemals zu beziehen. Nun hat die Frau aber die Verlobung rückgängig gemacht, da weder sie noch ihr Verlobter über das nötige Geld zu einer Ehe verfügen. Sie ist also gezwungen, weiter die Miete in der alten Wohnung schuldig zu bleiben. Wertwürdig berührt allerdings die Unstimmigkeit der Wohnungsämter untereinander. Es zeigt von einer seltenen Harmonie, daß das Wohnungsamt Wilmersdorf einen Wohnungstausch verwirft, den das Wohnungsamt Friedrichshain genehmigt hat. Noch merkwürdiger berührt die Antwort, die der Vorsteher des Wilmersdorfer Wohnungsamtes der Dame gab, er wolle nicht eine Wohnung in Wilmersdorf an einen Bewohner aus einem anderen Bezirk abgeben, da Wilmersdorf so gut wie über keine Tauschwohnungen verfüge. Der Begriff Groß-Berlin scheint in manchen Beziehungen also sehr illusorisch zu sein.

Eine falsche Todesnachricht hat eine Familie in große Bestürzung und Erregung versetzt. Das Krankenhaus Friedrichshain hat an einem und demselben Tage zwei Patientinnen gleichen Namens aufgenommen, ein Fräulein Elise Adam und eine Frau Clara Adam, und beide wurden zufällig auch in einem und demselben Pavillon, aber in verschiedenen Stockwerken untergebracht. Frau Adam, die in dem oberen Stockwerk lag, mußte bald nachher in ein anderes Gebäude verlegt werden, wurde dort operiert und starb in Gegenwart ihres Mannes, den man noch rechtzeitig hatte herbeiführen können. Am folgenden Tage kam Fräulein Adams Pflegemutter, eine Frau Becker, um ihre Kranke außerhalb der Besuchsstunden zu sehen und zu sprechen. Auf Befragen, zu wem sie wolle, nannte sie die Patientin Adam, und man wurde ihr die Auskunft gegeben, diese sei bereits gestorben. In der Leichenhalle, wo man ihr die Tote zeigte, kamen ihr Bedenken, ob nicht eine Verwechslung vorliege. Eine Anfrage im Krankenhausbüro ergab, daß für Fräulein Adam gar kein Totenschein ausgestellt worden war. Am nächsten Tage wurde dann bei einem neuen Besuch im Krankenhaus die Totgegebene lebend vorgefunden. Die Verwechslung erklärt sich aus einer unglücklichen Verleitung von Zufällen, wie sie selten vorkommen.

## Das Hochwasser in Dresden.

Die Niederschläge haben mit Unterbrechungen die ganze Nacht angehalten. Die Elbe ist seit Sonntag um nahezu 2 Meter gestiegen, die Uferstraßen sind weithin überschwemmt. Nach Angabe der Wasserbauverwaltung ist mit einem weiteren Steigen um wenigstens 1 Meter bis morgen früh zu rechnen. Es besteht Gefahr für den Unterauf, da die regulierende Wirkung der Talsperren gänzlich aufgehoben ist. Die böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat seit gestern den Verkehr eingestellt, da die Anlegestellen an der Elbe überflutet sind. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion sind die Linien Pirna-Kottbus-Regen-Großröhrsdorf und Riesa-Elsasser vom Wasser überflutet und der Verkehr zeitweise unterbrochen. Auch auf der Strecke Jitau-Kleinjöhann mußte der Betrieb vorübergehend eingestellt werden.

Die „Topographia“ in der Alpenländischen Sommerschau. Die „Topographia“ hat für ihr Konzert, das sie Donnerstag, den 17. d. Mts., im Rahmen der Alpenländischen Sommerschau im Junfermann am Rollenbamm veranstaltet, ein besonderes Programm gewählt. Es kommen Elise von Schumann, Löwe, Bruch und Volkslieder, die auch in Österreich beliebt sind, zum Vortrag. Das Fest, das die Kulturgesellschaft Österreichs mit Deutschland zum Ausdruck bringen soll, wird von künstlerischen Vorbereitungen reifer Kräfte ausgefüllt werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Kreis Wilmersdorf. Plakat und Handzettel für die Verlesung am 14. Juni sind bei Kreis, Heilmündige Str. 60, abgehoben. Nicht vergessen!  
12. Abt. Köpenick. Die Genossinnen der Abteilung werden ersucht, heute Abend 7½ Uhr bei Schmidt, Wicelstr. 17, bestimmt zum gemütlichen Beisammensein zu erscheinen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

10. Abt. Am 12. Juni verstarb plötzlich unser Genosse Rudolf Schmidt, Sonnenstr. 11. Beerdigung heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Krematorium Köpenick. — Wir erwarten rege Beteiligung.  
13. Kreis Tempelhof-Marzahn. Die Belegung der Aste unseres verstorbenen Genossen Raumann findet Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Germaniastr., statt.



# Volkssturm gegen Fürstenunrecht.

## Genosse Löbe über den Volksentscheid.

In einer Rieserversammlung in den Spichernsälen in Bilmersdorf sprach am Dienstagabend der Reichstagspräsident Genosse Löbe über den Volksentscheid. Hunderte mußten umkehren, da der große Saal wegen Ueberfüllung gesperrt werden mußte. Insgesamt mögen 4000 Personen trotz des denkbar ungünstigen Wetters erschienen sein.

Genosse Löbe behandelte in seinem glänzenden Referat die maßlosen und völlig unmotivierten Ansprüche der ehemaligen Fürsten, die trotz ihrer zum Teil neu erworbenen ausländischen Staatsangehörigkeit die erpresserischsten Forderungen an das verarmte deutsche Volk stellen. Die Hoffnung auf eine nochmalige politische Machtstellung scheinen die ehemaligen Fürsten ja endgültig aufgegeben zu haben, sonst würden sie uns nicht mit ihren unzähligen Abfindungsprozessen beschäftigen. Sehr unmaßstäblich ist es gedacht, wenn die Exponenten sich sagen: Wir wollen, wenn wir schon politisch resignieren, dem Volk wenigstens soviel abknöpfen, daß wir ein bequemes Leben führen können. In seinen detaillierten Ausführungen behandelte Genosse Löbe sodann die skandalösen Einzelheiten der Fürstenansprüche. Der 20. Juni wird ein Prozeßtag des deutschen Volkes gegen seine fürstlichen Feinde sein. Unsere Gegenrechnung ist unendlich groß. Die ehemaligen Fürsten sind unterem Volke reparationspflichtig. Deutschland schuldet den Fürsten nichts, aber die Fürsten dem Volke alles. Wenn die Flugblätter der fürstlichen Hohepriester in allzu deutlicher Absicht von der „hohemwärtigen Gefahr“ schreien und das Privateigentum gefährdet sehen wollen, so können wir für diese klägliche Argumentation nur ein Lächeln haben. Bei der Enteignung der Inflationsgeschädigten, den arbeitslos gewordenen Millionen und hungernden Kriegskruppen hat man weniger Skrupel und weit weniger „Moral“ gehabt. Möge das deutsche Volk den Prozeß der Republik gegen die Monarchie, der am 20. Juni ansetzt, siegreich bestehen. — Entblößten Hauptes sangen die Tausende die Internationale.

Die Reutlinger veranstalteten gestern in der Aula in der Emser Straße eine Werbeveranstaltung. Trotz des zur Zeit der Versammlung verstärkteinsetzenden Regens war die Aula gut besetzt. Genosse Reimann, der durch eine Abstimmung gehindert, verspätet erschien, wies in seinen Ausführungen auf die Angst der Rechten vor dem Willen des Volkes hin. Ihre Presse beginnt zu toben. Mit Lügen versuchen sie Angstschücheln zu fäen, um die Volksgenossen von der Abstimmung fernzuhalten. Die Deutsche Volkspartei erklärt in ihren Aufrufen: „Es geht um Haus und Hof“; wir sagen ja wohl, aber nur um das Haus und den Hof der Fürsten. Mit uns werden am Sonntag alle die Sparrer, Sozialrentner, weite Kreise des Zentrums und der Demokraten mit Ja stimmen. Alle, die treu zur Republik stehen, werden zur Wahlurne gehen und für die Enteignung stimmen, um zu verhindern, daß der Staat selbst die Mittel zu seiner Beseitigung an die Fürsten gibt. Reicher Beifall der Versammlung unterstrich die Ausführungen des Referenten.

Die Bevölkerung von Falkenberg-Altenteich hatte sich am Dienstag im großen Saal von Bohn zu einer eindrucksvollen Kundgebung versammelt. Der Arbeitergesangverein eröffnete und schloß die Kundgebung mit einem Gesang. Genosse Ernst Ruben hielt eine Ansprache, die von herzlichem Ernst getragen, um so eindrucksvoller namentlich auf diejenigen wirkte, die bisher noch unter dem Druck der gegenseitigen Verleumdungen über den Charakter des Volksentscheides unentschieden waren. Er schilderte an der Hand der Flugblätter der Gegner, insbesondere des Landbundes, die Versuche, das Kampffeld zu verschieben. Nicht er, sondern die Fürsten wären es, welche das Kirchengut beraubten und Bauern unfrei machten. Auch handelt es sich in Wahrheit um keine Enteignung. Vielmehr ist schon seit 1794 das Eigentum des Staates anerkannt. Erinnerungen an frühere „Privatbriefe“ bewirkten stürmischen Beifall.

### Frauentagung Wedding.

Als Genosin Clara Bohm-Schuch gestern in der Aula des Schiller-Gymnasiums in stammender Rede Protest erhob gegen das unerhörte und unerschämte Fürstengebehen, da konnten aufmerksame Zuhörer beobachten, wie in den rückwärtigen Reihen der dichtgedrängten Aula leises Schluchzen erklang. Ein altes, weißhaariges Mütterchen fauerte da und lautete gar andächtig, mit großen, runden Ränderaugen, den Worten der Rednerin. Die Rednerin erzählte von den schrecklichen Zeiten der Selbstlosigkeit und des Menschenhandels. Sie erzählte von dem toben, schamlosen Treiben der Reckenburger, die sich Hab und Gut der Bauern durch willkürliche Verordnungen zu eigen machten. Vom Großen Kurfürsten, der einfach die Steuern derart hoch schraubte, daß sie seitens des Volkes unaufbringlich waren und wie er sich daraufhin eben am Volksbesitz schadlos hielt. Als die Rednerin endlich auf den unglückseligen Krieg und dessen Millionenopfer zu sprechen kam, da brach aus der guten Alten das ganze, schwere, schlecht dornartige Herz. Still schluchzte sie vor sich hin, fuhr heftig, daß niemand was merken sollte, immer wieder mit dem Tüchlein an die verweinten Augen. Wer solch still und groß getragenes Mitleidertum sieht, der kann ermessen, wie tief das Leid im Volke wurzelt und wie es sich mit aller bedenkenlichen Kraft wehren muß, um nicht wieder Gut und Blut in fremden Diensten, zur Stillung eifer Nachgelüste, zu vergeuden. Die Fürsten wollen Entschädigung von uns? Wo bleibt die Entschädigung für die unermesslichen Opfer aller der leidvollen, schweren, verlorenen Jahre? Nicht endenwollenber Beifall begrüßte die zündenden Worte. Es folgten dann noch Klavierstücke und Rezitationen. Mit einstimmigem Gesang der „Internationalen“ fand der eindrucksvolle Abend seinen würdigen Abschluß.

### Demonstrationszug in Charlottenburg.

Trotz strömenden Regens versammelten sich gestern in den Abendstunden am Wilhelmplatz in Charlottenburg einige hundert Genossen und Genossinnen, die mit Gesang, das Reichsbanner voran, durch die Bilmersdorfer, Rant-, Hasanen- und Rantestrasse zogen, wo sie sich mit der Abteilung Bilmersdorf vereinigten, die mit Musik und Fahnen anmarschierte, lebhaft begrüßt vom Publikum. Ein junger Reichsbannermann, Demokrat, wie er betonte, verteilte unermüdet Geldscheine aus der Inflationszeit mit der Aufschrift: „Dies den Fürsten!“ aus, was überall größte Heiterkeit erregte. Durch die Uhlandstraße und Hohenzollernsdamm bewegte sich der imponierende Zug nach der Spichernstraße, um die Spichernsäle, das Versammlungslokal, längst überfüllt zu finden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Tragödie der Ruhrbergarbeiter.

### Entwurzelte Tradition. — Wohin geht die Fahrt?

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Vor wenigen Tagen gab das Landesarbeitsamt Münster-Westfalen durch die Presse bekannt, daß die Zahl der im Ruhrgebiet erwerbslosen Bergarbeiter auf 45 000 Mann gestiegen und in weiterem Steigen begriffen sei. Das ist nicht nur ein bederliches Zeichen für den rapiden Niedergang dieses Erwerbszweiges, sondern der gesamten Wirtschaft im Ruhrgebiet.

Das Ruhrgebiet steht und fällt mit der Bergarbeiterschaft. Es ist dieses eben der Berufszweig, auf dem sich der weitaus größte Teil des Handels und Gewerbes aufbaut. Mit der wachsenden Bedeutung der Kohle ist auch die Bedeutung des Bezirks, in dem sie gefunden wurde, gewachsen. Nun hat aber das völlig geänderte Bild der Wirtschaftsverhältnisse die Bedeutung des „schwarzen Diamanten“ mächtig herabgedrückt.

Greifen wir einmal zurück in die Zeit, in der das Ruhrgebiet begann, wirtschaftliche Bedeutung für die Gesamtwirtschaft des Staates durch eine sich mehr und mehr anplanzende Industrie zu erlangen. Damals entstand hier Bergwert auf Bergwert, Förderturm rechte sich neben Förderturm. Selbstverständlich machte sich bei den Unternehmern dann ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, dem damit abgeholfen wurde, daß man Tausende und aber Tausende aus allen Gegenden des Reichs ins Ruhrkohlengebiet zog, die dort Arbeit und Lohn in den Gruben fanden. So wurden denn ungeheure Arbeitermassen auf einen im Vergleich zu ihrer Zahl nur geringen Bezirk in riesigen Mietkasernen und Kolonien zusammengeballt. Mit sich brachte dieser starke Zuzug von Bergarbeitern oder besser solchen Leuten, die es zu werden gewillt waren, natürlich auch eine siederhaft sich bemerkbar machende Ansiedlung von neuen gewerblichen und sonstigen Unternehmen.

Und heute...? Wie hat sich Rathenaus Wort: „Wirtschaft ist Schicksal!“ so sehr hart bewahrheitet wie in unserer Zeit. Trostlos, gleichsam als die tragenden Wahrzeichen der großen Not des Volkes an der Ruhr, in den Städten der Kohle, recken verschiedene, vollständig stillgelegte Zechentürme sich zum Himmel auf. In den großen grauen Mietkasernen, die vollgepfropft sind, hat das Elend Platz gefunden. Tausende, die einst Haus und Hof verlassen und vom Lande, gelockt von den Agenten der Kohlenbarone, zur Ruhr kamen, blicken heute auf ein völlig verlorenes Leben zurück. Und die, deren Väter schon im gleichen Beruf standen, sind gleichfalls gezwungen, von den kümmerlichen Erwerbslosenunterstützungen, ihre Tage zu fristen.

Mit dem Kumpel aber kränkt auch der Handel und das Gewerbe, die nur existenzfähig sein können, wenn der Bergmann einen wenigstens einigermaßen anständigen Verdienst hat. 45 000 Ruhrkumpels haben aber keine erteilte Verdienste.

Was tut nun der Staat? Hat er, daß endlich einmal der Staat etwas Positives zur Sache tut und versucht, auf dem Wege der Lösung des Problems der Arbeiterbeschaffung vorwärts zu kommen. Die Ruhrbergarbeiter wollen Arbeit! Sie wollen besetzt sein von der ungeheuren Depression, die auf ihnen lastet.

Wenn schon die Tragödie des Berufszerfalls nicht abwendbar ist, dann muß doch unbedingt die weitere Existenzmöglichkeit gegeben werden. Das ist ein billigeres Verlangen als das, das von den Fürsten noch an ein solch krankes, darbenes Volk gestellt wird. Von den 45 000 stempelnden Ruhrkumpels wird ihnen am 20. Juni die richtige Antwort gegeben werden.

## Reichstag und ältere Angestellte.

### Gegen fortgesetzte Verschleppungsversuche.

Vom KZ-Bund wird uns geschrieben: Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat kürzlich beschlossen, die vom Unterwieschuh fertigestellte Vorlage über ein Gesetz zum Schutz der älteren Angestellten am 11. Juni in einer Vollsitzung zu verabschieden. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei ist jedoch die Angelegenheit nochmals vertagt worden, so daß sie erst bei Wiederzusammentritt des Reichstages nach dem 21. Juni vorgelegt werden kann.

Der KZ-Bund macht mit Recht darauf aufmerksam, daß diese formwählende Verzögerung einer Beschlussfassung dringlichster Notstandsmaßnahmen in den Angestelltenkreisen kaum noch verstanden wird. Er hat deshalb Schritte eingeleitet, um zu verhindern, daß etwa der Reichstag am 2. Juli in große Ferien geht, ohne vorher über das erwähnte Gesetz entschieden zu haben.

## Schon wieder die Meierei Bolle.

### Sie will die Löhne abbauen.

Bei dem Neuabschluss des Tarifvertrags der Meierei Bolle im Oktober vorigen Jahres kam durch ein Versehen in den Tarifvertrag die Klausel, daß nur die im Betrieb tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu bezahlen sei. Ebenso wurde nichts vereinbart über die Zuschläge für Arbeiten, die an Feiertagen geleistet wurden. In dem abgelaufenen Tarifvertrag war für diese Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 50 Proz. vorgesehen, ebenso war die Bezahlung für die Arbeiter vorgesehen, die wegen der Eigenart des Betriebes an solchen Feiertagen nicht arbeiten konnten.

Zu Weihnachten berief sich die Firma auf den Inhalt des neuen Vertrags und bezahlte weder den 50prozentigen Zuschlag noch den Lohn an die Nichtarbeitenden. Die Belegschaft strengte darauf eine Klage auf Zahlung des Zuschlags bzw. des Lohnes beim Gewerbegericht an, weil diese neue Regelung in den Tarifvertrag hineingekommen war, ohne daß darüber überhaupt verhandelt worden wäre. Da die Meierei Bolle beim Landgericht Feststellungsfrage erhob, ruhte der Termin beim Gewerbegericht. Am 10. Mai wurde

nun die Firma mit ihrer Klage abgewiesen und zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt.

Die Firma hatte zu Ostern den Zuschlag von 50 Proz. gezahlt, da sich die Arbeiter weigerten, ohne diesen Zuschlag zu arbeiten. Um es auch während der Pfingstfeiertage zu keinem Konflikt kommen zu lassen, trat die Firma mit dem Betriebsbund eine schriftliche Vereinbarung, in der sie sich verpflichtete, bis zur endgültigen Entscheidung der Streitfrage während der Dauer des Tarifvertrags den 50prozentigen Zuschlag zu zahlen. Sie weigert sich aber beharrlich, trotz dieser Vereinbarung den Zuschlag für die Weihnachtstage nach zu zahlen. Das Urteil des Gewerbegerichts, das in den nächsten Tagen in dieser Streitfrage gefällt werden soll, dürfte wohl kaum zugunsten der Meierei Bolle ausfallen.

Während die Firma auf der einen Seite ihr Geld gegen ihre Arbeiter verprozeßiert, sucht sie es auf der anderen Seite aus den Arbeitern wieder herauszuwirtschaften. Prompt kündigte sie das Lohnabkommen zum 31. Juni und verlangt einen Abbau der Löhne. Die Belegschaft der Meierei Bolle, die gestern zu diesen Dingen Stellung nahm, war nicht wenig empört über das geradezu herausfordernde Benehmen ihrer Firma. Sie brachte ganz deutlich zum Ausdruck, daß ein Lohnabbau von ihr nicht hingenommen werden würde. Jedenfalls dürfte es zu einem ernsthaften Konflikt kommen, wenn die Firma auf ihrem Standpunkt hartnäckig bestehen bleibt.

## „Bund deutscher Lokomotivführer.“

### Wie die Fürstentochter aussehen.

Die Rechtspreffe geht mit einer Erklärung kreben, die ein angeblicher Bund Deutscher Lokomotivführer lanciert hat und die sich natürlich für den Raub der Fürsten an das deutsche Volk ausspricht. Keine Leser werden annehmen, daß es wirklich eine irgendwie ernsthaft zu nehmende Organisation dieses Namens gibt, die als Vertretung der Lokomotivführer anzusehen ist.

In Wirklichkeit besteht diese Organisation, die den Vaterländischen Verbänden Geisteslicher Richtung angeschlossen ist, nur aus dem Papier. Es genügt, wenn wir erwähnen, daß diese Geistesliche Atroppe bei den Beamtenräteversammlungen für die Lokomotivführer nicht einmal den Mut aufgebracht hat, eine Liste aufzustellen. Der Sekretär dieser angeblichen Lokomotivführerorganisation ist der ehemalige Artillerieoberleutnant Dr. Erich Schmidt, der als „Arbeitnehmervertreter“ in der Unternehmerpresse Artikel verbrochen darf.

Von sich selbst behauptet dieses Gebilde, 2400 Mitglieder zu haben. Man dürfte der Wahrheit am nächsten kommen, wenn man von dieser Zahl eine Null wegstreicht. Man kann daraus ermessen, welche Bedeutung eine Erklärung des „Bundesvorstandes“ dieses Grüppchens hat, das im übrigen nirgends, weder bei Verhandlungen mit der Reichsbahn noch mit anderen Körperschaften als Vertretung der Lokomotivführer zugezogen wird.

### Ueberfiedlung im Beamten-Wirtschaftsverein.

Uns wird geschrieben: Der Beamten-Wirtschaftsverein ließ unter Auserlassung der gesetzlichen Bestimmungen und mit Hilfe von landwirtschaftlichen Arbeitern in Bütow sein Brot herstellen. Sechs Wochen lang nun die Großbäckerei des Beamten-Wirtschaftsvereins in Wittenau still. Am 17. Mai d. J. wurde die Tempelhofer Bäckerei mit Streikbrechern besetzt, die von dem Vorstand des Beamten-Wirtschaftsvereins als „eingearbeitete Arbeitskolonnen“ bezeichnet wurden. Diese „eingearbeiteten Arbeitskolonnen“, die sich aus katholischen Gesellenvereinen, Hofentzweiern und Bewohnern des Hofes für Obdachlose rekrutierten, wurden in einem vierwöchigen Lehrkurs in der „Versuchs- und Lehrbäckerei“ des Beamten-Wirtschaftsvereins in Tempelhof ausgebildet.

Den Einnehmern von Wittenau wird nun empfohlen, nicht zu nahe an das Grundstück des Beamten-Wirtschaftsvereins in Wittenau heranzugehen, da ein Teil der Streikbrecher aus Tempelhof nach Wittenau übergesiedelt ist und wahrscheinlich auch jene an sich harmlosen, aber immerhin unangenehmen und unappetitlichen Tierchen mitgebracht hat.

### Gegen die Stilllegungen der Reichsbahn im Osten.

Nachdem durch die bisherigen teilweisen Schließungen beim Eisenbahnausbesserungswert in Schneidemühl rund 400 Arbeiter und Beamte brotlos gemacht wurden und bis heute in anderen Betrieben nicht untergebracht werden konnten, soll dieses größte Eisenbahnausbesserungswert im Osten jetzt ganz geschlossen werden. Damit würden 900 Arbeiter abgebaut. Den Nachteil dieser Maßnahme haben aber nicht nur die unmittelbar davon Betroffenen zu tragen, sondern die ganze Geschäftswelt. Deshalb wenden sich auch alle Bevölkerungskreise gegen diesen Abbau. Nachdem unsere Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratische Partei ihren Standpunkt wiederholt öffentlich vertreten haben, protestierte eine Eisenbahnerversammlung erneut gegen die vollständige Stilllegung des Wertes Schneidemühl, wobei die Stilllegung und Verhinderung der hochwertigen Ausbesserungswerte und ihrer maschinellen Einrichtungen als ein Verbrechen am Volke bezeichnet wurde.

### Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommissionsberatungen der Arbeitskonferenz sind soweit fortgeschritten, daß am Mittwoch die Plenarsitzungen wieder aufgenommen werden. Die Fischereifischaffard ist auf englischen Antrag mit 18 gegen 17 Stimmen von dem Abkommen über einen Feuervertrag ausgeschlossen worden; ebenso wurde die Bestimmung über Strafen im Disziplinärabkommen, die von der Arbeitergruppe befümpft wurde, gestrichen. Die Arbeitergruppe beschloß endgültig, einen Antrag auf Vorbereitung eines Abkommens für die Arbeitszeit des Seeleute für die Arbeitskonferenz des Jahre 1928 einzubringen.

Verband der Gewerliche und Staatsarbeiter, Bezirk I, Donnerstag abend 7 Uhr im Saal des Verbandes, Johannistr. 14-15, Versammlung aller im I. Bezirk wohnenden Mitglieder. Tagesordnung: „Der Volksentscheid“.

Verantwortlich für Volltext: Ernst Reuter; Mittelschiff: Arthur Geborn; Gemeinlichkeitsbewegung: J. Steiner; Reutlingen: R. S. Böcher; Soltau und Gohlis: Reiz Karst; Anzeigern: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

# AUFKLÄRENDES UND BELEHRENDES ZUM VOLKSSENTSCHEID!

Heinig, Fürstenabfindung . . . . . 0.50  
Scheidemann, Fürstenhabgier . . . . . 0.30  
Dr. Graßhoff, Fünf Jahrhunderte Fürstenraub . . . . . 0.20  
— Das wahre Gesicht der Hohenzollern . . . . . 2.—  
Hessel, Thron und Altar ohne Schminke . . . . . gebd. 2.—

Ludwig:  
**Wilhelm II**  
Ungekürzte Volksausgabe auf holzfreiem Papier. Mit 21 Abbildungen in Ganzleinenbd. 4.80

Freyruth, Fürstenenteignung u. Volksrecht . . . . . 0.30  
Rück, Reiche Fürsten, Arme Leute . . . . . 0.20  
Winter, Der Landesverrat der deutschen Fürsten . . . . . 0.10  
David, Um die Fahne der Deutschen Republik . . . . . 0.40  
Kautsch, Hofgeschichten . . . . . gebd. 3.—

Zu beziehen durch Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Abtlg. Sortiment. — Versand auch nach auswärts

**Auf an die Deutsche Ostsee!**  
Keine Ebbe und Flut, daher Baden zu jeder Tageszeit, Wald und Wasser herrlich vereint. Führer durch alle Bäder M. 1.—, gegen Voreinsend. von M. 1.20 in Briefmarken portofrei. Zusendung Nachn. M. 1.30 Prosp. d. einz. Bäder kostenlos. Gesellschaftsreisen.  
**Ostseebäder** Berlin NW 7, Unter den Linden 53 Zentrum 4335

**Metallbetten**  
Stahlmatratzen, Kinderbetten gleich zu Pfl. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.  
**Der gute Kapitän-Kautabak**  
ist in den meisten Kapitänsstädten erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgr. 3061

**Wohin?**  
**Luftkurort Lenz (Perle Neckl.)**  
20 Jahre im Besitz. Direkt an großen Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser gelegen. Gute Pension. Prosp. einford.  
**C. Gogorolke**  
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 48.  
**Holzhäuser** liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57  
Wochenendhäuser — Prospekte gratis!  
Wald- u. Wasserparzellen — Nachwuchs!

**Ischias**  
schwere Fälle benötigt werden. Deutsche Heilanstalt Ischias und Reformen. Ärztl. empfohlen.  
Invalidenstr. 108, 9-11. — 4. Semester 10-12. Ischias  
**Bettledern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude.)

**Arcona-Räder**  
Hundert 10, 11 und 12 Proben  
Der Qualitätsmaßstab von Walter Pohlmann  
**5 Jahre Garantie!**  
100 000 im Gebrauch!  
Die Industriemotoren der Arcona sind in Deutschland u. im Ausland bewährt.  
**Arcona, das beste Rad**  
Verlangen Sie Katalog gratis u. franko  
**Ernst Machnow**  
BERLIN C 64, Wilmersdorferstr. 14